

„An den
Gemeinderat der Stadtgemeinde
3580 Horn

DRINGLICHKEITSANTRAG

eingbracht von den unterzeichneten Mitgliedern des Gemeinderates der Stadtgemeinde Horn zur Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Horn vom 29. Juni 2020 gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973 betreffend die Behandlung des Antrages

„RESOLUTION DES GEMEINDERATES DER STADTGEMEINDE HORN GEGEN DIE ERRICHTUNG EINES ATOMMÜLLENDLAGERS IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK NAHE DER GRENZE ZUR REPUBLIK ÖSTERREICH“

Begründung der Dringlichkeit:

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist, plant die Tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus den Kraftwerken Temelín und Dukovany. Den Berichten ist weiters zu entnehmen, dass aufgrund der geologischen Gegebenheiten die 3 Ortschaften Rohozna-Ruzena, Lodherov und Budisov in die engere Auswahl als Standorte gelangt sind. Alle 3 Orte sind lediglich 30 bis 50 km von der Bundesgrenze zur Republik Österreich entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotenzial für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären die Regionen Wald- und Mühlviertel.

Um die Landes- und Bundesregierung in dieser Sache zu unterstützen, ist ein starkes NEIN seitens der Bevölkerung notwendig.

Gerade im Bereich Atomwirtschaft hat die Tschechische Republik bisher mehrmals bewiesen, keine Handschlagqualität zu haben. Als Beispiel dafür sei der offene Bruch des Melker Abkommens zu erwähnen. Auch hier wurde die österreichische Bevölkerung getäuscht und einer nicht kalkulierbaren Gefahr ausgesetzt.

Im Interesse nachfolgender Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen.

Antrag:

Der Gemeinderat der **Stadtgemeinde Horn** möge beschließen:

„1.) Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Horn spricht sich entschieden gegen die Errichtung des geplanten Atommüllendlagers in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich aus.

2.) Im Sinne einer guten Nachbarschaft wird der Vertreter der Botschaft der Tschechischen Republik aufgefordert, die strikte Ablehnung der österreichischen Bevölkerung zu den möglichen Endlagerstandorten in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich den zuständigen Regierungsstellen der Tschechischen Republik zu kommunizieren.

3.) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich zu verhindern.

4.) Die Bundesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich zu verhindern und die Mitsprache und Einbindung der Republik Österreich in die Endlagersuche zu gewährleisten.“

Vertreter aller Fraktionen

Horn, 29. Juni 2020